

## **SHL-Zukunftsforum: „Fahrlässiger EWG-Verhandlungstau kostet Österreich:innen Milliarden“**

Das Zukunftsforum SHL, ein Zusammenschluss der österreichischen Installateur:innen, der Vereinigung des Sanitär- und Heizungsgroßhandels und führender Unternehmen der Branche, setzt sich entschlossen für die gezielte Modernisierung von Heizungsanlagen ein, um die Vision eines klimaneutralen Österreichs bis 2040 zu unterstützen. Die Energiewende steht an einem entscheidenden Punkt und ihre Umsetzung hängt maßgeblich vom zügigen Beschluss des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (EWG) im Nationalrat ab. Ohne diesen wichtigen Baustein wird die Vision der Bundesregierung eines klimaneutralen Österreichs nicht möglich sein.

### **EWG ist Grundvoraussetzung für Erfolg der Energiewende**

Seit seiner Vorstellung im Sommer 2022 und seiner Einbringung als Regierungsvorlage im November desselben Jahres liegt das EWG nun schon im Parlament. Dabei ist das EWG mehr als nur ein Gesetz: *„Das EWG ist ein Versprechen an alle Österreicher:innen – ein Versprechen für eine klimafreundliche, günstige und sichere Energieversorgung, denn es setzt klare Ziele und Fristen für den schrittweisen Ausstieg aus fossilen Heizungen. Ohne dieses Gesetz stehen wir vor einem Stillstand in unseren Bemühungen, den Gebäudesektor zu dekarbonisieren“*, so **Andreas Rotter**, Vorstandsvorsitzender des Zukunftsforums SHL.

### **Wärmewirtschaft braucht Gewissheit, EWG schafft klare Perspektiven**

Für die Wärmewirtschaft steht außer Frage, dass Investitionen in Forschung, Entwicklung und Produktion von Technologien für eine Co<sup>2</sup>-freie Wärmeversorgung nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll sind. Unternehmen, die bereits in alternative Technologien investiert haben, stehen allerdings vor fehlenden Rahmenbedingungen und mangelnder industriepolitischer Sicherheit. Das EWG bietet die dringend benötigte Klarheit, um diese Investitionen zu sichern und Österreichs Weg in eine nachhaltige Energiezukunft zu ebnen. Weiteres Zögern verhindert Entscheidungen und damit eine langfristige Planbarkeit der Wärmewende, die hohe Einsparungen und Entlastungen für Haushalte ermöglichen könnten.

*„Die Politik kann es sich nicht leisten, das Vertrauen der Branche und Verbraucher:innen und die damit verbunden milliardenschweren Investitionen in die Wärmewende zu verspielen“*, merkt **Rotter** an.

### **EWG reduziert CO<sub>2</sub>-Emissionen, vermeidet Strafzahlungen in Milliardenhöhe**

Jährlich gibt Österreich über 19 Milliarden Euro für den Import von Öl und Gas aus. Gerade in Anbetracht der steigenden Co<sup>2</sup>-Bepreisung und Versorgungsschwierigkeiten durch den Krieg in der Ukraine werden die Kosten fossiler Energien nur drastisch steigen. Zudem würden weitere klimapolitischen Versäumnisse laut Finanzministerium Strafzahlungen in Höhe von fast fünf Milliarden Euro zur Folge haben. Das EWG hingegen befähigt die Bürger:innen und Unternehmen ihren Beitrag zur Wärmewende zu leisten, indem klare Fristen und Kriterien definiert sind, die für eine Klimaneutralität Österreichs bis 2040 unerlässlich sein werden.

### **Umsetzung überfälliger Reformen gefordert**

Eine gerechte Energiewende erfordert klare, einheitliche und unbürokratische Förderstrukturen. Derzeit herrscht Uneinigkeit zwischen den Bundesländern, was zu einem Flickenteppich an Fördermaßnahmen führt. Die Wärmebranche benötigt klare Leitlinien, keine fragmentierten Ansätze aus neun Bundesländern. Ein koordiniertes, ganzheitliches Konzept ist unerlässlich, um eine gerechte, praxistaugliche Energiewende zu gewährleisten.

Bei der Umsetzung der Wärmewende stehen jedoch noch weitere Herausforderungen bevor. Ein entscheidender Punkt ist die fehlende Infrastruktur im Bereich der Stromversorgung. Gleichzeitig

muss der thermische Standard der zu sanierenden Wohneinheiten berücksichtigt werden, um sicherzustellen, dass die Sanierungsmaßnahmen einen maximalen Beitrag zur Reduzierung der CO<sup>2</sup>-Emissionen und Energiekosten leisten können. Ferner muss die Bundesregierung längst überfällige flankierende Reformen, beispielsweise im Miet-, Wohn-, und Steuerrecht, angehen. So fordert das Zukunftsforum schon länger ein größeres Mitspracherecht von Mieter:innen gegenüber Eigentümer:innen bei Sanierungen.

### **Warten kostet Geld – Handeln ist Gebot der Stunde**

*„Wir müssen die Energiewende endlich umsetzen, statt sie bloß in Sonntagsreden zu predigen. Jeder Tag des Zögerns bedeutet nicht nur höhere Kosten für Österreicher:innen, sondern gefährdet auch unsere Lebensqualität und die Zukunft kommender Generationen“,* mahnt **Rotter** und ruft die Politik dazu auf, das Erneuerbare-Wärme-Gesetz und flankierende Reformen zügig zu verabschieden.

### **Rückfragen:**

**Lucas Miller**

Consultant

Ecker& Partner Öffentlichkeitsarbeit & Public Affairs GmbH

[l.miller@eup.at](mailto:l.miller@eup.at)

Mobil +43 676 3265312

### **Über das Zukunftsforum SHL**

Das Zukunftsforum SHL ist ein Zusammenschluss der österreichischen Installateure, vertreten durch die Bundesinnung und die neun Landesinnungen in der Wirtschaftskammer, sowie der Österreichischen Vereinigung des Sanitär- und Heizungsgroßhandels und führender Unternehmen der Branche. Mit einem Wirtschaftsvolumen von rund 5,6 Milliarden Euro und einem Mitarbeiterstamm von etwa 35.000 Menschen repräsentiert das Zukunftsforum SHL eine Schlüsselbranche der österreichischen Wirtschaft. Als unabhängige Informationsplattform hat das politische Anliegen, die Energiepolitik auf Raumwärme zu fokussieren und setzt sich nachdrücklich für die gezielte Modernisierung von Heizungsanlagen ein.